

SPD und Grüne sorgen mit ihrer Mehrheit dafür, dass der Kreistag sich für die Rückkehr von Gazale Salame ausspricht – doch was ist der Beschluss wert?

# Keine Chance auf eine gemeinsame Resolution

Von Lothar Veit

**Landkreis.** Der Kreistag des Landkreises Hildesheim hat am Donnerstag eine Resolution beschlossen, mit der er „die unverzügliche Rückkehr“ der vor mehr als sieben Jahren abgeschobenen Gazale Salame und ihrer beiden Kinder Schams und Gazi fordert. Der Kreistag? Das wäre Augenwischerei. Denn die Resolution wurde mit der rot-grünen Mehrheit beschlossen, auch Piraten und Linke stimmten zu. Doch die Gräben zur CDU und FDP bei diesem Thema sind tief wie eh und je – die Fraktionen stimmten nicht nur dagegen, sondern hatten einen komplett anderen Antrag eingebracht.

„Änderungsantrag“ haben CDU und FDP zwar darüber geschrieben, doch die Kreistags-Vorsitzende Dagmar Hohls (SPD) liegt völlig richtig, als sie das Papier als eigenständigen Antrag abstimmen lässt. Er beginnt mit folgenden Worten: „Die Abschiebung von Frau Gazale Salame und ihrer Kinder hat zu einer negativen Berichterstattung über den Landkreis Hildesheim geführt. Der Kreistag des

Landkreises Hildesheim weist diese negative Berichterstattung ausdrücklich zurück.“ Nicht nur SPD-Fraktionschef Klaus Bruer zeigt sich irritiert über diesen Einstieg: „Die negative Presse steht am Anfang. Das scheint also das Wichtigste zu sein.“ CDU-Fraktionschef Christian Berndt sagt im Anschluss an die Sitzung, man habe damit direkt auf die rot-grüne Resolution antworten wollen. Auch dort wird die „negative Berichterstattung“ im vorletzten Absatz erwähnt. Doch was für eine Außenwirkung hätte es gehabt, wenn der Kreistag tatsächlich die CDU-FDP-Resolution verabschiedet hätte? Dass dies aufgrund der Mehrheiten ganz undenkbar gewesen wäre, ist ein schwacher Trost.

## „Negative Berichterstattung“

In der Tat berichten seit Jahren die angesehensten überregionalen Medien, Rundfunk- und Fernsehsender über den Fall. Und kommen zum gleichen Urteil: Die Abschiebung einer schwangeren Frau war ein Skandal, die anhaltende Trennung der Familie



Gazale Salame mit ihren jüngsten Kindern Gazi und Schams in Izmir.

ist es ebenfalls. Berichten hier ausschließlich naive Gutmenschen, die sich vor einen Karren spannen lassen? Für die „Recht und Gesetz“ nichts gilt? Wohl kaum. CDU und FDP legen in ihrem Resolutionsentwurf Wert auf die Feststellung, dass „die Entscheidungen der Kreisverwaltung in allen gerichtlichen Auseinandersetzungen (...) als recht- und verhältnismäßig Bestand hatten“. Die Verwaltung werde daher aufgefordert, „weiterhin nach Recht und Gesetz

und unabhängig von politischem oder sonstigem Druck zu entscheiden“. Wenn der Verwaltung eines gelungen ist, dann tatsächlich dieses: dem Druck standzuhalten.

Der Grünen-Abgeordnete Ottmar von Holtz weist darauf hin, dass der Fall keineswegs rechtlich eindeutig sei. Aber es ist so müßig geworden, immer wieder die juristische Chronologie der vergangenen siebeneinhalb Jahre durchzukauen.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Krumfuß sagt, dass Gazale Salames Mann, Ahmed Siala, längst dafür hätte sorgen können, die ganze Sache zu beenden – wenn er mit ihr eine Ehe nach deutschem Recht schließt, wenn er nachweislich in die Sozialkassen einzahlt, wenn er sich an die Gesetze hält. Ottmar von Holtz entgegnet, es würde hier immer über vermeintliche Verfehlungen von Ahmed Siala geredet, „aber wir können doch nicht das Schicksal einer Frau vom Verhalten eines Mannes abhängig machen!“. Da brandet Beifall aus dem Zuschauerraum auf, dort sitzen überwiegend junge Frauen. Es sind die Auszubildenden des Landkreises,

die sich umgehend belehren lassen müssen, dass Reaktionen aus dem Publikum nicht gestattet sind.

## „Schäme mich für mein Land“

Die eindringlichsten Töne in der Debatte kommen von Iris Siekiera (SPD), die darauf hinweist, dass das deutsche Gesetz es verbietet, bei einem Mord die Kinder und Enkel des Täters zu bestrafen. Wenn aber ein Bürgerkriegsflüchtling bei der Einreise falsche Angaben mache, hätten die Kinder und Kindeskinde noch 20 Jahre später darunter zu leiden. Und von Ekkehard Domning (Grüne), der bekennt, dass ihm in dem Fall oft die Worte fehlen. Er redet direkt Gazale Salame und ihre Kinder an: „Ich kann als deutscher Patriot nicht verstehen, wie mein Heimatland euch sowas antun kann. Ich schäme mich für das Handeln der Verantwortlichen, die Häme – und für meine persönliche Hilflosigkeit.“

SPD und Grüne stimmen schließlich für ihren Antrag, mit Piraten und Linken. CDU und FDP heben für ihren Antrag die Hand. Vier Enthaltungen

gibt es jeweils. Dazu gehört Landrat Reiner Wegner (SPD). Er begründet dies damit, dass die Ausländerbehörde ihm unterstehe. Keiner solle falsche Schlüsse aus seinem Abstimmungsverhalten ziehen. „Der Landkreis wird sich humanitären Lösungen nicht verschließen“, fügt er noch an. Die Unabhängigen enthalten sich grundsätzlich immer dann, wenn es aus ihrer Sicht um landes- oder bundespolitische Fragen geht, über die der Kreistag nicht zu entscheiden hat. Und der Bündnis-Vertreter Josef Stuke argumentiert, dass nur eine gemeinsam verabschiedete Resolution Wirkung hätte entfalten können. Da stimmt ihm der CDU-Fraktionschef in gewisser Weise zu: „Welche Konsequenzen hat die beschlossene Resolution?“, wird Christian Berndt nach der Sitzung von Radio Tonkuhle gefragt. „Keine“, antwortet er und hat damit leider Recht.

Wenig später fährt eine Mitarbeiterin des Landkreises vom Parkplatz des Kreishauses. Sie sagt: „Ich bin ja eher auf der Seite von Gazale Salame, ich bin schließlich auch Mutter.“ So einfach könnte es sein.

**Erlebe mehr Energiespar-Möglichkeiten**  
Energieberater konzipieren kostenlos Ihr Dämmstoffpaket

Sie möchten:

- Ihre Energiekosten senken?
- Ein behagliches Wohnklima?
- Ihr Haus aufwerten?
- Finanzierung bzw. Förderung?
- Einen Partner mit Know How?
- Alles sofort verfügbar?

**Dämmstoff bereits ab 40,- €/m²**

Erfahren Sie mehr:

Industriestraße 3  
31180 Emmerke  
Tel.: 0 51 21 - 93 02 - 0  
info@holzland-koester.de

**HolzLand KÖSTER**

Öffnungszeiten:  
Mo. - Fr. 7.30 bis 18.00 Uhr  
Sa. 8.00 bis 16.00 Uhr

www.holzland-koester-shop.de

Konzern hat Büro in Hildesheim bezogen / Antragskonferenz im Kreishaus

## Kaliabbau in Giesen: K+S meint es weiterhin ernst

(lv) Giesen/Hildesheim. Der Kasserler Salzproduzent K+S meint es weiterhin ernst mit einer Wiederaufnahme des Kaliabbaus in Giesen. Am Donnerstag kamen rund 40 Vertreter von Behörden, Umweltverbänden, der IHK, der Landwirtschaftskammer und weitere Beteiligte im Kreishaus zu einer Antragskonferenz zusammen. Sie dient dem Austausch vor dem Einstieg in ein Raumordnungsverfahren. Zudem hat die Projektgruppe für die Wiederbelebung des Bergwerks „Siegfried“ Büroräume in Hildesheim bezogen, um näher an den zuständigen Behörden zu sein.

Die Teilnehmer der Antragskonferenz haben jetzt einige Wochen Zeit, um zu den Plänen von K+S – zum Beispiel zur Energieversorgung und zur Logistik – Stellung zu nehmen. Dann wird die Projektgruppe die Antragsunterlagen vorbereiten. Wann genau es so weit sein wird, kann K+S-Sprecher Ulrich Göbel noch nicht sagen. „Das hängt von den Stellungnahmen ab.“ Bislang hätten sich aber keine bösen Überraschungen angekündigt. Die Antragstellung werde



Die „Kalimandscharo“ getaufte Halde in Giesen. Foto: Fuhrhop

bei dem die Bergbauverwaltung in Clausthal-Zellerfeld federführend ist. „Das ist keine Schikane“, betont Flory, „beide Verfahren bauen logisch aufeinander auf.“ Für K+S dürfte das ohnehin nichts Neues sein. „Das ist ein ganz professioneller Antragsteller“, sagt der Kreis-Planer. Der Bezug des Hildesheimer Büros spreche auch für ihn dafür, „dass die das sehr, sehr ernst meinen“. Eine endgültige Entscheidung über die 500-Millionen-Euro-Investition wird der Konzern gleichwohl erst nach Beendigung der Verfahren treffen.

Zurzeit wirken in dem Gebäude in der Kardinal-Bertram-Straße zwölf Leute, sagt Göbel. Ab dem kommenden Jahr werden es mehr werden, zudem werden immer wieder verschiedene Spezialisten vorübergehend in Hildesheim arbeiten. Zu Anfang hatte die Projektgruppe ihren Sitz noch auf der Altanlage in Bad Salzdetfurth. Doch nun sei es nötig, dichter dran an den Behörden in Hildesheim zu sein. „Und in der Zentrale in Kassel sind wir von hier aus auch schnell“, so der Sprecher.

sich auf jeden Fall bis ins nächste Jahr hinziehen.

Wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen, haben die Behörden ein halbes Jahr Zeit für das Raumordnungsverfahren, sagt Jürgen Flory, beim Landkreis für Infrastruktur und Kreisentwicklung zuständig. Darüber hinaus ist ein „Bergrechtliches Planfeststellungsverfahren“ notwendig,

Kosten für Fahrzeuge

## Gemeinden erfolglos vor Gericht

(lv) Giesen/Holle. Die Gemeinden Giesen und Holle haben gegen das Niedersächsische Innenministerium geklagt – doch die Klage wurde am Donnerstag vom Verwaltungsgericht Hannover abgewiesen. Die Gemeinden wollten vom Land das Geld für ihre Feuerwehr-Einsatzleitwagen zurückhaben, die sie aufgrund einer Feuerwehrverordnung des Landes angeschafft hatten. Die Argumentation: Wenn das Land den Gemeinden neue Aufgaben übertrage, müsse es auch die Kosten tragen.

Das Ministerium hielt dagegen, dass es sich nicht um eine neue Aufgabe handele. Doch komisch ist: Die Feuerwehrverordnung wurde nach einem Jahr bereits wieder geändert, die Pflicht zur Anschaffung des Einsatzleitwagens gestrichen.

Das Gericht bestritt nicht, dass das Land verpflichtet sei, die Kommunen für neue Aufgaben zu entschädigen. Doch dies müsste per Gesetz geregelt werden – und dafür ist das Verwaltungsgericht die falsche Adresse. Die Gemeinden könnten stattdessen vor dem Staatsgerichtshof klagen. Ob sie dies tun, ist noch offen.

Klimaschutzkonzept kollidiert mit Raumordnung

## Gegenwind für Windräder

(lv) Landkreis. Dass die Strompreise steigen und steigen, kann Bundesumweltminister Peter Altmaier offenbar nicht verhindern. Stattdessen will er die Bürger jetzt zum Stromsparen erziehen. Nahezu täglich kann man neue Vorschläge von Altmaier lesen, einer davon ist: Bis 2020 sollen alle Haushalte eine Energieberatung in Anspruch nehmen können, „möglichst kostenlos“. Dafür sollen bis zu 6.000 Energieberater eingestellt werden.

Während Altmaier noch ankündigt, hat der Landkreis Hildesheim schon fast die Stellenausschreibung fertig. Denn Bundesmittel für den Klimaschutz gibt es schon länger. Das Büro „Mensch und Region“ aus Hannover arbeitet seit einiger Zeit an einem Klimaschutzkonzept für den Landkreis Hildesheim. In Kürze soll der damit beauftragte Ingenieur Wolfgang Kleine-Limberg einen Zwischenbericht vorlegen. Im ersten Quartal 2013 soll dann befristet für drei Jahre ein „Klimaschutzmanager“ eingestellt werden, der die Umsetzung des Programms begleitet und Behörden wie Bürger berät. Der Bund fördert solche Stellen mit 65 Prozent,

den Antrag hat der Landkreis bereits im März dieses Jahres gestellt. Am Ende der geplanten Maßnahmen steht schließlich die Gründung einer „Energieagentur“.

Im Kreis-Umweltausschuss gab es am Montag Gegenwind für Kleinelimberg. Denn der schlägt vor, unter anderem die Windenergie deutlich auszuweiten. „Die Pläne gehen über das Raumordnungsprogramm für den Landkreis hinaus und sind mit mir nicht abgestimmt“, sagte der für Kreisentwicklung und Infrastruktur zuständige Verwaltungsfachmann Jürgen Flory. Er halte Maximal Szenarien nicht für sinnvoll, sagte Flory im Anschluss dem KEHRWIEDER. Am Mindestabstand von fünf Kilometern zwischen den Windparks werde er festhalten. Dies werde bislang in dem Konzept ebenso ignoriert wie jene Flächen, die aus Naturschutzgründen nicht genutzt werden könnten.

Die Ausschuss-Vorsitzende Erika Hanenkamp würdte das Thema am Montag zunächst ab. Das Konzept sei eine Diskussionsgrundlage. Dann wandte sie sich an Flory und Kleinelimberg: „Ich würde mich Ihnen als Mediatorin anbieten.“

**15.000 VERKAUFTE KÜCHEN SPRECHEN FÜR SICH!**

**REDDY Küchen**

*REDDY spart nur am Preis, niemals an der Qualität!*

www.reddy.de  
reddy-hildesheim@kuechen.de

Telefon 05121 5131-03/-06  
Telefax 05121 5131-08

Öffnungszeiten  
Mo. - Fr. 9.30-18.30 Uhr  
Samstag 10.00-14.00 Uhr

**IN DER KÜCHE ALLES REDDY®**

**31135 Hildesheim • Bismarckplatz 10/11**  
gegenüber der T-Tankstelle dir. an der B1